

Antrag der Fraktion der CDU

Bremen zur „Smart City“ entwickeln – ganzheitliche Strategie bei der Stadtentwicklung verfolgen

Weltweit zieht es immer mehr Menschen in Städte. Auch in Deutschland gewinnen sie als Wohnorte und Unternehmensstandorte weiter an Attraktivität. Ein Sechstel der Bundesbürger lebt mittlerweile in den 14 größten deutschen Städten mit mindestens 500 000 Einwohnern. Während die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten deutschlandweit schrumpfen wird, haben Großstädte wie Bremen auch zukünftig gute Chancen, gegen den Trend zu wachsen bzw. ihre Einwohnerzahl stabil zu halten. Dies beinhaltet Chancen aber auch Herausforderungen. Dazu zählen Klimawandel, Luftverschmutzung, Energieverbrauch, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, sozialer Ausgleich und demografischer Wandel. Diese Probleme hängen eng miteinander zusammen. Eine intelligente Stadtentwicklung ist der Schlüssel, um sie zu lösen.

Städte müssen vor dem Hintergrund der Globalisierung, tiefgreifender Umbrüche und technischer Neuerungen Wettbewerbsfähigkeit mit nachhaltiger Stadtentwicklung in Einklang bringen. Dafür müssen die Bereiche Leben und Wohnen, Wirtschaft, Energie und Verkehr eng verzahnt und ganzheitlich betrachtet werden. Das Konzept der „Smart City“, d. h. der intelligenten Stadt, kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die „Smart City“ zeichnet sich durch innovative städtebauliche Lösungen, eine moderne Infrastruktur, neue Mobilitätskonzepte und Services aus. Dabei sollen Energieeinsparpotenziale besser ausgeschöpft sowie Umwelt und Klima geschützt werden. Viele Städte, z. B. Berlin, Mannheim, Köln und Nürnberg, haben sich auf den Weg gemacht und eine eigene „Smart-City“-Strategie aufgelegt, die sie umsetzen.

Der Senat hat diese Entwicklung lange Zeit verkannt. Zwar besitzt die Freie Hansestadt Bremen ein „Aktionsprogramm Klimaschutz 2010“ sowie ein „Klimaschutz- und Energieprogramm 2020“. Klimaschutz ist aber nur eine Facette in einer von Dynamik und globalen Umbrüchen gekennzeichneten Stadtentwicklung. Erst im August 2013 wurde auf Initiative bremischer Unternehmen ein runder Tisch mit der Senatsverwaltung gegründet, um eine Beteiligung Bremens an dem EU-Programm „Intelligente Städte und Kommunen“ vorzubereiten. Ein Förderantrag für ausgewählte Modellprojekte im Bremer Westen und der Überseestadt wurde im Mai 2014 eingereicht. Dieser Förderantrag, so richtig er ist, ersetzt aber kein Konzept, wie Bremen insgesamt zur „Smart City“ werden soll. Der rot-grüne Senat verfolgt hier eine passive Strategie, indem er sich allein von der Bewilligung europäischer Fördergelder abhängig macht.

Die Antragsteller halten es hingegen für notwendig, dass die Stadt gemeinsam mit Interessenvertretern aus Privatwirtschaft, Forschung, Wissenschaft und Gesellschaft ein unfassendes „Smart-City“-Konzept für Bremen entwickelt und umsetzt. Sie streben hierüber einen parteiübergreifenden Konsens an, der die Leitlinie für die nächste Legislaturperiode bildet. Der Senat muss dafür die programmatische Vorarbeit leisten. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat mit ihrem Positionspapier „Smart City Bremen: Roadmap für eine intelligente Stadt“ vom Juni 2014 konkrete Vorschläge geliefert, die in diesem Prozess aufgegriffen werden können.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum 31. Dezember 2014 einen Entwurf für ein ganzheitliches „Smart-City“-Konzept vorzulegen, an dessen weiterer Ausgestaltung und Umsetzung regionale Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft beteiligt werden, und das folgende Punkte beinhaltet:

1. „Smart Economy“
 - Aufbau einer regionalen FuE-Plattform (Forschung und Entwicklung) für KMU,
 - Neuaufstellung der bremischen Forschungs- und Innovationsförderung,
 - Verbesserung des Zugangs zu Wagniskapital für junge Unternehmen,
 - gemeinsame Nutzung von Büroflächen und Arbeitsplätzen,
 - Förderung des unternehmerischen Potenzials von Migrantinnen und Migranten.
2. „Smart Neighbourhoods“
 - quartiersbezogene Wirtschaftsförderung,
 - Förderung der Nutzungsmischung in den Stadtquartieren sowie innerhalb von Gebäuden,
 - Bekämpfung städtebaulicher Missstände mit den Instrumenten des Baugesetzbuches.
3. „Smart Energy“
 - steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung,
 - gezielte Ansprache von Hausbesitzern und Betrieben über Fördermöglichkeiten,
 - Einsatz von Energiesparcontracting zur Verringerung der CO₂-Emissionen öffentlicher Gebäude,
 - Ausbau der Fernwärmenetze,
 - öffentlich gefördertes Pilotprojekt zum Aufbau eines intelligenten Netzes („Smart Grid“) zwischen Privathaushalten mit intelligenten Zählern („Smart Meter“), Gewerbebetrieben und Stromproduzenten.
4. „Smart Mobility“
 - Aufbau eines Innovationsclusters Elektromobilität,
 - Prüfung von Privilegien (z. B. Sonderparkrechten) für Elektroautos, Hybride und Brennstoffzellenautos,
 - weiterer Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos,
 - Ausbau von Verkehrsknoten zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel,
 - Ausbau des ÖPNV und Fuhrparkmodernisierung,
 - Einrichtung einer anbieterübergreifenden Mobilitätsplattform, auf der Kunden ihre Fahrten zentral (auch mobil) buchen können und auf der alle Stromtankstellen im Raum Bremen verzeichnet sind.
5. „Smart Infrastructure“
 - Vorantreibung des Breitbandausbaus,
 - Pilotprojekt zur Ausstattung geeigneter Straßenzüge mit einer „intelligenten“, sich selbst regulierenden Beleuchtung,
 - Konzept für die Nutzung und (energetische) Sanierung der bremischen Bäder.
6. „Smart Data/Smart Services“
 - Einrichtung eines kostenfreien, öffentlichen WLANs,
 - Aufbau eines mobilen touristischen Informationssystems,
 - Einrichtung einer „Smart-City-Plattform“ zur Meinungsbildung, Bürgerbeteiligung und der Entwicklung von Maßnahmen im Rahmen des Smart-City-Prozesses.

7. „Smart Governance“

- Ausbau der E-Partizipation,
- Auflage eines E-Government-Programms für die öffentliche Verwaltung unter dem Titel „ServiceStadt Bremen“,
- Open-Data-Initiative.

Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann,
Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

